

# DOKUMENTATIONEN

---

## Fachtagung „Ein Jahr Freiwilligendienste mit Flüchtlingsbezug“<sup>1</sup>

Dr. Jaana Eichhorn

Deutsche Sportjugend | Bundestutorin | eichhorn@djsj.de

Als im Sommer und Herbst 2015 die Zahl der nach Deutschland geflüchteten Menschen immer höher stieg, suchten die Vertreter/innen der Bundespolitik fieberhaft nach Strategien, um sowohl die Aufnahme und Unterstützung der Neuankömmlinge sicherzustellen, als auch erste Integrationsmaßnahmen einzuleiten. In der Folge entwickelte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Auftrag des Bundestages unter anderem das Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ (BFDmF), das seit dem 1. Dezember 2015 sowohl einheimischen Freiwilligen, die sich im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren wollen, als auch Asylberechtigten und Asylbewerber/innen mit guter Bleibeperspektive offensteht. Das auf drei Jahre befristete Sonderprogramm finanziert jährlich bis zu 10.000 zusätzliche Stellen, die jeweils hälftig bei der Zentralstelle des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) und den verbandlichen Zentralstellen angesiedelt sind. Parallel wurden vergleichbare Angebote auf Landesebene im Rahmen des Freiwilligen Sozialen bzw. Ökologischen Jahres (FSJ/FÖJ) aufgelegt, etwa das „FSJ Asyl“ in Sachsen, allerdings mit deutlich geringeren Finanzmitteln.

Um die Erfahrungen aus den ersten 15 Monaten des Sonderprogrammes sowie die Umsetzung in anderen Formaten auszuwerten und einen Austausch der Akteure zu ermöglichen sowie ihnen Dank zu sagen, lud das Bundesfamilienministerium die Verantwortlichen aus BFD, FSJ und FÖJ im März 2017 zu einer Fachtagung nach Berlin ein.<sup>2</sup> Die Tagung wurde gemeinsam mit verbandlichen Zentralstellen – u. a. durch die Autorin dieses Berichtes – vorbereitet. Wichtigstes Ziel war es, den Erfahrungsaustausch zwischen Zentralstellen, Trägern, Einsatzstellen und Freiwilligen zu ermöglichen; entsprechend wurde darauf geachtet, dass sich die zweihundert Teilnehmenden zu je einem Viertel aus den genannten Gruppen zusammensetzten. Jede Zentralstelle war explizit gebeten, auch Freiwillige mit Fluchterfahrung zu entsenden, um sicherzustellen, dass nicht nur über, sondern

---

1 Die Veranstaltung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fand am 6./7. März 2017 in Berlin statt.

2 <https://bmfsfj-veranstaltungen.bafza.de/ein-jahr-fd-mit-fluechtlingsbezug/start.html>

auch mit denjenigen gesprochen wurde, die im Zentrum des Programmes stehen. Sehr erfreulich war aus Sicht der Verbände die spontane Bereitschaft des BMFSFJ, alle Inlandfreiwilligendienste in die Veranstaltung einzubeziehen.

Im Fokus des ersten Tages standen die Erfolge und Herausforderung der Freiwilligendienste. Grundlegend hierfür waren Themeninseln, die von „Paten und Patinnen“ – Freiwillige, Anleiter/innen und Pädagog/innen mit direktem Bezug zum Programm – in Anlehnung an die Methode des *Appreciative Inquiry* moderiert wurden. Hier stellten die Teilnehmenden erfolgreiche Erfahrungen vor, sammelten Gelingensbedingungen und Zukunftsvisionen. Auf die Ergebnisse dieser Themeninseln ging die Tagungsmoderatorin, die Journalistin Andrea Thilo, immer wieder ein und gewährleistete damit, dass die in der praktischen Arbeit gesammelten Erfahrungen und insbesondere die Problemanzeigen und Zukunftsvorstellungen im Zentrum der Veranstaltung standen.

Insbesondere die Podiumsdiskussionen mit Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ), der in wechselnden Runden beispielsweise auf die Fragen von Verbandsvertreter/innen wie Dirk Hennig (Bundesarbeitskreis FÖJ), Martin Gerlach (Türkische Gemeinde in Deutschland) sowie Juliane Meinhold (Der Paritätische) antwortete, kreisten wiederholt um die besonderen Herausforderungen der Arbeit mit Geflüchteten als Freiwilligendienstleistende. Ärgerlich bleibt beispielsweise, dass ausschließlich Geflüchtete mit „guter Bleibeperspektive“ einen BFDmF ableisten dürfen, was zur Folge hat, dass bestimmte Gruppen Geflüchteter zwar einen regulären BFD oder ein FSJ/FÖJ, aber keinen BFD mit Flüchtlingsbezug absolvieren können. Fast nicht zu bewältigen sind die bürokratischen Anforderungen, die sich bei jedem einzelnen geflüchteten Freiwilligen neu stellen. Keine Lösung gab es zudem für die Freiwilligen, die während ihres Orientierungsjahres die Aufforderung erhalten, einen Integrationskurs zu besuchen: Da dieser immer Vorrang hat, muss der BFD oder das FSJ abgebrochen werden. Aufgrund fehlender Datenauswertung nicht belegt, aber allen bekannt ist zudem, dass die am Programm teilnehmenden Geflüchteten hauptsächlich (junge) Männer sind, Frauen erreicht das Angebot bislang kaum. Auch die Tagung selbst litt hinsichtlich der Plenumsbeiträge unter einer unausgewogenen Geschlechterverteilung.

Überraschend war, dass sich auf das erste Podium, das im Rahmen der Fishbowl-Methode offen konzipiert war und hauptsächlich strukturellen Fragen vorbehalten sein sollte, umgehend zwei syrische Bundesfreiwilligendienstleistende gesellten, die von ihren Erfahrungen in Deutschland berichten wollten. Ihr Bedürfnis, Erlebnisse mit Behörden und in Einsatzstellen, Flucht und Alltagsrassismus zu schildern, kontrastierte mit den vorbereiteten Gesprächsschwerpunkten und zeigte gleichzeitig, wie wichtig die Herstellung eines geschützten Rahmens für einen gemeinsamen Austausch war. Gerade die Freiwilligen und die Anleiter/innen aus den Einsatzstellen erlebten die Einladung zu der Fachveranstaltung tatsächlich als Anerkennung für ihr Tun.

Den zweiten Schwerpunkt der Fachtagung bildeten Fortbildungsangebote. Den Anfang machte Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen am Institut für Erziehungswissenschaften (Philipps-Universität Marburg), der unter dem Titel „Gesplante Gesellschaft?“ über bundesdeutsche Tendenzen zwischen Willkommenskultur und Rechtspopulismus sprach. Der aspektreiche Vortrag, der – wie die anderen Plenumsbeiträge – simultan ins Englische übersetzt wurde, skizzierte verschiedene Ausprägungen des Rechtspopulismus und plädierte für eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie der Demokratiebildung. Am zweiten Tag folgten als parallele Angebote ein Fachvortrag – Sabine Schrader vom Zentrum für Psychotraumatologie in Kassel referierte zum Thema „Flucht und Trauma“ – sowie unterschiedliche Workshops. Während Kathleen Neundorf von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg die rechtlichen Rahmenbedingungen im (Bundes-)Freiwilligendienst für und mit Geflüchteten vorstellte, rückten Anne Brandt (AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.) und Inga Beinke (BAFzA) die Gewinnung und pädagogische Begleitung der Freiwilligen in den Mittelpunkt. Anja Schütze von der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ) wählte für ihr kritisches interkulturelles Training den Titel „Kultursensible“ Kommunikationsstrategien? und veranlasste die Teilnehmenden dazu, ihr Selbstbild zu hinterfragen. Gleich zwei Angebote stammten von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Im Workshop zur Vermittlung von Argumentationshilfen gegen rassistische und flüchtlingsfeindliche Aussagen kamen viele Geflüchtete zusammen, die von Alltagsrassismus – auch in ihren Einrichtungen – berichteten und nach konkreten Hilfestellungen suchten, während insbesondere Zentralstellenvertreter/innen sich mit Rechten und rechtspopulistischen Herausforderungen für die demokratische Kultur befassten und sehr kontrovers diskutierten.

Die von einer sehr konstruktiven Gesprächskultur getragene Veranstaltung gab viele neue Impulse für die Weiterentwicklung des Programms. Auf die drängendste Frage konnte allerdings keine Antwort gefunden werden: Wie geht es nach 2018 mit dem Sonderprogramm weiter? Die verbandlichen Zentralstellen im BFD haben gemeinsam mit dem BAK FSJ und dem BAK FÖJ gefordert, die derzeit für das Sonderprogramm reservierten Mittel zukünftig für den Ausbau der verbandlich organisierten Freiwilligendienstplätze im Inland und zur Sicherung einer hohen Qualität in der pädagogischen Begleitung bereitzustellen. Die ersten Bundestagspolitiker/innen haben dafür bereits ihre Zustimmung signalisiert.<sup>3</sup> Svenja Stadler etwa, engagementpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, erklärte, sie setze sich für eine Überführung des Sonderprogramms in das Regelprogramm ein: „Selbstverständlich sollten auch die bisher zur Verfügung gestellten Mittel in

---

3 Alle Zitate aus der Publikation „Intern Spezial Freiwilligendienste“ der Deutschen Sportjugend (Ausgabe 1/2017).

das Regelprogramm übertragen werden. (...) Grundsätzlich möchte ich noch einmal betonen, dass ich dafür bin, verstärkt die Jugendfreiwilligendienste zu unterstützen. Die mir wichtigen Prinzipien des Subsidiaritätsprinzips, Trägerprinzips sowie die selbstbestimmte inhaltliche und räumliche Ausgestaltung der Seminare gibt es nur dort.“ Auch die engagementpolitische Sprecherin der LINKEN, Rosemarie Hein, hält es für sinnvoll, „den Projektcharakter des Sonderprogramms in eine reguläre Variante des BFD zu überführen, sodass eine Fortführung über das Jahr 2018 hinaus möglich ist. Die Mittel, die in diesem Zusammenhang zusätzlich bereitgestellt wurden, sollten generell für die Aufstockung der Freiwilligendienste erhalten werden.“ Cordula Schulz-Asche fordert im Namen der GRÜNEN „nicht nur eine Fortsetzung des Sonderprogramms, sondern eine umfassende Strategie zur Stärkung des Flüchtlingsengagements.“ Ingrid Pahlmann, die engagementpolitische Sprecherin der CDU, bekennt sich grundsätzlich zu einer Stärkung der Freiwilligendienste, möchte aber neben den Flüchtlingen „die Qualität, das Erreichen von neuen Zielgruppen und die bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung nicht aus den Augen verlieren“ – was dem Anspruch der verbandlichen Zentralstellen entspricht, Freiwilligendienste auf hohem Niveau für sehr unterschiedliche Zielgruppen anzubieten. Entscheidungen sind allerdings erst nach der Bundestagswahl im kommenden September zu erwarten.